



An den Grossen Rat

14.5367.02

PD/P145367

Basel, 24. September 2014

Regierungsratsbeschluss vom 23. September 2014

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „wenn Grossräte von der Arbeit ausgeschlossen werden und damit zu Parlamentariern zweiter Klasse degradiert werden“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Als fraktionsloser Grossrat bin ich in keiner Kommission vertreten. Ich fühle mich daher als Parlamentarier zweiter Klasse. Daher muss ich so viele Anfragen stellen, wie hier die Schriftlichen Anfragen.

Parteien mit weniger als fünf Sitzen, sind von der Mitarbeit in den vorberatenden Kommissionen ausgeschlossen und damit zu Parlamentariern zweiter Klasse degradiert. Abwegig ist die weitere Argumentation, die kleinen Parteien hätten bei den knappen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat einen zu grossen Einfluss, was die Entscheidungen im Rat "unberechenbar" mache. In den Ratsitzungen haben alle Ratsmitglieder eine Stimme und damit gleich viel Einfluss. Die "Unberechenbarkeit" besteht darin, dass die Vertreter von kleinen, unabhängigen Parteien wie die VA die "Frechheit" haben, nicht einfach blindlings einem der grossen Blöcke nachzulaufen. Die Platzhirsche des bürgerlichen und des linken Parteienblocks empfinden sie deshalb als Störenfriede.

Eigentlich steht in unserer Verfassung, dass die Mitglieder des Grossen Rates – auch jene der grossen Parteien – "ohne Instruktion" stimmen.

Das ist aber längst toter Buchstabe. Anders als noch vor 30 Jahren traut sich kaum noch ein Ratsmitglied anders abzustimmen als die Mehrheit der Fraktion. Da könnte man gerade so gut auf Ratsitzungen verzichten, stattdessen im Rathaus eine Waage aufstellen und nur noch die Fraktionschefs einen Jeton drauflegen lassen, der so viele Gramm wiegt wie ihre Partei Sitze hat.

Im faktischen Fraktionszwang liegt das wahre Übel. Nicht in der Präsenz kleiner Parteien. Darum weg mit der undemokratischen Sperrklausel bei der Vergabe von Kommissions-Sitzen.

Der SP-Fraktionspräsident bat mich, weniger Anfragen zu stellen. Ich sagte, gut, einverstanden. Ich mache nur noch drei Anfragen pro Monat. Aber ich will eine Gegenleistung. Ein Essen. Aber die SP will mir bis heute nichts bezahlen.

1. Wie kann die undemokratische Sperrklausel bei der Vergabe von Kommissions-Sitzen abgeschafft werden?
2. Ich schlage einen Deal vor: Wenn die SP zu geizig ist, so hat der Regierungsrat bestimmt mehr Geld. Ich gebe pro Monat nur noch drei Anfragen ab, aber dies nur im Gegenzug zu einem Mittag- oder Abendessen, das man mir in der Walliser Kanne bitte ausgibt. Ist der Regierungsrat damit einverstanden?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu Fragen des Parlamentsbetriebes nimmt der Regierungsrat nicht Stellung.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin